

Verheißung Impfstoff

Positive und unerwünschte Wirkungen schwer abschätzbar

Klaus-Peter Görlitzer (Hamburg), Journalist, verantwortlich für BIOSKOP

Weltweit laufen über 200 Projekte, die Impfstoffe gegen das Coronavirus Sars-Cov-2 hervorbringen sollen. Anfang Dezember erhielten die Pharmafirmen BioNTech und Pfizer in Großbritannien eine »Notzulassung« für ihr Präparat, die Europäische Union könnte noch in 2020 folgen. Wirkungen, positive wie unerwünschte, sind zurzeit schwer abschätzbar – das gilt auch für die politisch-gesellschaftlichen.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verbreitete einmal mehr Zuversicht. Er rechne damit, dass es »mit dem Jahreswechsel erste Impfungen in Deutschland« werde geben können, vorausgesetzt, ein Präparat sei bis dahin auch in der Europäischen Union zugelassen.

Favorit im weltweiten Rennen ist derzeit der mRNA-basierte Impfstoff BNT162b2, den das Mainzer Unternehmen BioNTech und der US-amerikanische Pharmariese Pfizer gemeinsam vermarkten wollen. Die Wirksamkeit des Präparats sei durch klinische Studien belegt, erklärten die Unternehmen am 2. Dezember, der Impfschutz bei erwachsenen ProbandInnen über 65 Jahren »lag bei über 94 %«.

Viele Fragen an die verheißenen Impfstoffe sind indes noch nicht verlässlich beantwortet: Wie lange wird die schützende Wirkung anhalten? Ist ein Geimpfter, der das Coronavirus aufnimmt, für andere Menschen noch ansteckend oder nicht? BioNTech und Pfizer haben während der klinischen Prüfung »keine schwerwiegenden Nebenwirkungen« ihres Produkts festgestellt. Ob das so bleibt, wird sich zeigen, wenn der neuartige Impfstoff massenhaft eingesetzt wird.

Nicht nur medizinische, auch politische Wirkungen sollte man dabei im Blick behalten. Eine allgemeine Impfpflicht gegen das Coronavirus, die skeptische Geister befürchten, haben Spahn und Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) zwar wiederholt ausgeschlossen. Ob die absolute Freiwilligkeit tatsächlich für alle gelten wird, dürfte sich aber erst im kommenden Jahr zeigen.

Mit welchen politischen Diskussionen 2021 zu rechnen ist, hat der Gießener Juraprofessor Steffen Augsburg bereits angedeutet. Augsburg, der auch Mitglied des Deutschen Ethikrates ist, sagte der TV-Sendung *Hessenschau* am

5. Dezember: »Es kann aber durchaus sein, dass eine Impfpflicht in Teilbereichen sinnvoll und geboten sein kann, zum Beispiel für bestimmte Berufsgruppen und Tätigkeitsbereiche. Ob man die aber tatsächlich braucht, zum Beispiel auf den Intensivstationen, das hängt von der freiwilligen Befolgung ab.«

Rechtlich nicht klar verboten sind bisher Praktiken, die eine Art »Impfpflicht durch die Hintertür« etablieren könnten. Gemeint ist, dass Menschen, die nicht gegen das Coronavirus geimpft sind, perspektivisch von bestimmten Aktivitäten ausgeschlossen werden könnten, etwa vom Besuch kultureller Veranstaltungen oder gastronomischer Betriebe.

Wohin die politische Reise gehen könnte, zeigt ein – fragwürdiges – Beispiel, gemeldet Ende November aus Australien. Dort erwägt die Fluglinie Qantas, ihre Geschäftsbedingungen so zu ändern, dass Reisende nur noch mitfliegen

dürfen, wenn sie zuvor eine Corona-Impfung nachweisen können. Helfen könne womöglich ein elektronischer Impfpass.

In Deutschland steht derzeit die Frage im Fokus, welche Menschen zuerst

gegen Sars-CoV-2 geimpft werden sollen. Die Ständige Impfkommission schlägt vor, dass BewohnerInnen von Pflegeheimen, über 80-Jährige sowie besonders gefährdete Beschäftigte im Gesundheitswesen zunächst an der Reihe sein sollten. Spahn kündigte eine Coronavirus-Impfverordnung an, außerdem eine »sehr harte Priorisierung«. Zu rechnen sei mit »emotionalen Diskussionen« in Bundestag und Öffentlichkeit darüber, wie der anfangs wohl eher knappe Impfstoff genau verteilt werden soll.

Unklar ist, wie verbreitet Bedürfnis und Bereitschaft zur Impfung hierzulande überhaupt sind. 66 Prozent von 2.000 befragten BürgerInnen würden sich impfen lassen, erklärte die Krankenkasse Barmer mit Verweis auf eine »repräsentative Umfrage«, die sie Anfang Dezember veröffentlicht hat. Wie die Mehrheit der Befragten, so ist auch die Krankenkasse gegen eine Impfpflicht. Frank Liedtke, Landesgeschäftsführer der Barmer in Hamburg erklärte: »Aufklärung ist das beste Mittel für eine hohe Akzeptanz und Impfbereitschaft in der Bevölkerung.«

Im nächsten Jahr wird man erleben, wie seriös und ergebnisoffen die Aufklärung in der Praxis erfolgt.



»Sehr gründlich abwägen«

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat wiederholt versichert, in Deutschland werde es keine Pflicht zur Impfung gegen das Coronavirus Sars-CoV-2 geben. Allerdings wird mitunter gemutmaßt, dass Menschen, die keine Impfung nachweisen können, künftig womöglich von bestimmten Aktivitäten ausgeschlossen werden könnten. Auf diese Befürchtung angesprochen, sagte Lambrecht der Zeitung *Augsburger Allgemeine*: »Ich halte eine breite öffentliche Diskussion darüber für sehr wichtig. Das ist am Ende nicht nur eine rechtliche, sondern vor allem auch eine ethische Frage, die wir sehr gründlich abwägen müssen.« In besagtem Interview, veröffentlicht am 2. Dezember und dokumentiert auf der Homepage des Bundesjustizministeriums, erklärte Lambrecht auch: »Bisher gibt es nach meiner Kenntnis allerdings noch keine fundierten Erkenntnisse darüber, ob und in welchem Maße eine Impfung nicht nur die geimpfte Person vor einem Ausbruch der Krankheit schützt, sondern auch andere Personen vor einer Ansteckung. Dies ist aber Voraussetzung für alle weiteren Überlegungen.«

2021 wird man erleben, wie seriös und ergebnisoffen über Impfungen aufgeklärt wird.